

AKTUELL

STRASSENRAUM

Besser planen fürs Fahrrad

Joël Adami

Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode präsentierte Infrastrukturminister Bausch noch ein spannendes Projekt, das bei der Planung von Radwegen helfen soll.

Fahrradfahren gleicht in Luxemburg immer noch mehr der Bewältigung eines gefährlichen Hindernisparcours als einer simplen Fortbewegung von A nach B. Obwohl ein Großteil der zurückgelegten Wege laut Luxmobil-Studie weniger als fünf Kilometer lang sind, wird nur ein Bruchteil davon mit dem Rad bewältigt. Damit sich das ändert, muss eine angepasste Radinfrastruktur her. Doch welche verkehrsplanerischen Instrumente eignen sich überhaupt für welche Situationen? Während umgangssprachlich jeder noch so schmale Radstreifen als „Vélospist“ bezeichnet wird, gibt es gewaltige Unterschiede vom baulich getrennten Radweg neben einer vielbefahrenen Straße bis hin zum Mischverkehr in Fußgängerzonen.

Damit soll nun Schluss sein: Am Montag, dem 8. Oktober präsentierte François Bausch das Projekt „veloplängen.lu“. Auf der Website sind technische Dokumente für die Planung von Radinfrastrukturen gesammelt. Mithilfe eines österreichischen Planungsbüros wurden Beispiele aus Deutschland, Dä-

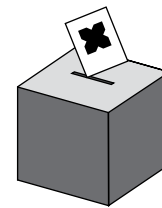
neemark, Österreich und den Niederlanden zusammengefasst und an die luxemburgische Straßenverkehrsordnung angepasst. Zu jeder möglichen Bauart, wie Radstreifen, einseitig befahrbare Radwege, getrennte oder gemischte Fußgänger- und Radwege, usw., gibt es eine ausführliche Dokumentation. Dabei sind immer sowohl eine komfortable Lösung, die Radfahrer*innen viel Platz bereitstellt, als auch eine Minimalversion und Vorschläge für Engstellen beschrieben. In jedem „Fact Sheet“ sind Querschnitte und Beispielfotos enthalten, sodass die Dokumente auch für Laien recht verständlich sind.

Jede*r kann Verkehrsplaner*in sein?

Die Dokumente sollen ergänzt werden. Laut Bausch folgen in den nächs-

ten Monaten Beispiele für die fahrradgerechte Gestaltung von Kreuzungen. Bei Bewilligungen für neue Projekte soll nun immer geprüft werden, ob zumindest die Minimalversion eingehalten wurde, sodass es zu weniger Fehlplanungen, die sowohl für Auto- als auch für Radfahrer*innen Ärger verursachen, kommen soll. Die technischen Dokumente sollen gemeinsam mit einem Onlinetool eine Hilfestellung für kommunale Verkehrskommissionen, Lobbyvereine, aber auch für Privatpersonen bieten. In ein Formular muss man die grundsätzlichen Parameter wie Breite, Verkehrsaufkommen, Anteil des Schwerverkehrs, usw. eingeben. In einem zweiten Schritt kann man dann Gehsteige, Parkplätze und ähnliche Verkehrselemente in die Neugestaltung des Straßenraums miteinbeziehen. Das Tool schlägt dann die möglichen

Chamberwahlen
2018



Radinfrastrukturen vor und zeigt die entsprechenden Fact Sheets. Wie die neugestaltete Straße aussehen könnte, verrät die Website leider nicht.

Auf die Frage, ob Privatpersonen die relativ technischen Daten wie Straßenbreite und Verkehrsaufkommen so einfach erfahren können, reagiert der Minister gelassen: „Im Notfall müssen Sie halt im Ministerium anrufen, dann schauen wir das für Sie nach!“ Die Website veloplängen.lu und die entsprechenden Dokumente richten sich jedoch sowieso eher an Planer*innen und Entscheider*innen, die eine gute Grundlage für die Radplanung haben wollen. Ziel sei es auch, dass es künftig keine Entschuldigungen für fehlende Fahrradwege mehr geben solle, so Bausch. Der Wahlkampf verpflichtete ihn natürlich auch zu einer kleinen Spitze gegen die DP-CSV-Koalition in der Hauptstadt: „Man hätte ja den Boulevard de la Pétrusse mal in dem Tool eingeben und eine der Minimal-Lösungen ausprobieren können, statt lediglich ein Schild aufzustellen.“



Mit dem Simulator kann jede*r selbst zur Verkehrsplaner*in werden.

SCREENSHOT: VELOPLANGEN.LU

Mehr Informationen auf veloplängen.lu.

Woxx-Tipp: streetmix.net bietet zwar keine Fact Sheets, ermöglicht dafür jedoch einen spielerischeren Zugang zur Straßenraumgestaltung.

WAHLPROGRAMME

Auf Herz und Nieren

Thorsten Fuchshuber

Eine Wahlempfehlung gibt die Patientevertriebung nicht. Dennoch hat man die gesundheitspolitischen Vorstellungen der Parteien abgeklopft.

Die Gesundheitsversorgung im Land betrifft jede und jeden. Die gesundheitspolitischen Vorstellungen der verschiedenen Parteien könnten daher wichtig für eine Wahlentscheidung sein. Die Patientevertriebung sah sich deshalb in der Pflicht, die gesundheitspolitischen Eckpunkte in den verschiedenen Wahlprogrammen unter die Lupe zu nehmen.

„Wir hatten schon Gespräche mit den Parteien geführt als sie noch im Begriff waren, ihre Programme auszuarbeiten und unsere Forderungen schriftlich vorgelegt“, erläutert René

Pizzaferris, Präsident der Patientevertriebung, gegenüber der woxx das Vorgehen. Nun habe man analysiert, was davon die einzelnen Parteien übernommen haben.

Pizzaferris Resümee: „Vieles was nun angekündigt wird, ist ungenau formuliert und daher interpretationsfähig. Wenn man zum Beispiel für eine gute medizinische Grundversorgung plädiert, kann das auch Leistungseinschränkungen meinen.“ Zudem seien manche Parteien nicht immer auf der Höhe der Zeit: „Es stehen auch Forderungen in den Programmen, die gesundheitspolitisch bereits umgesetzt worden sind, etwa im Bereich der Osteopathie und der Psychotherapie.“

Einen Wahlvorschlag will die Patientevertriebung aber ohnehin nicht

machen, weil die Entscheidung für eine Partei viele Aspekte einbeziehen müsse. „Man wählt ja nicht nur einen Teil des Programms“, so René Pizzaferris, „deswegen haben wir uns hier nicht befugt gefühlt.“

Stattdessen hat man eine in dieser Woche abgehaltene Pressekonferenz dazu benutzt, um noch einmal die eigenen wichtigsten Forderungen zu unterstreichen. Dazu gehört neben der konkreten Ausgestaltung des neuen Krankenhausgesetzes und der ärztlichen Kompetenzzentren auch die Fortbildung der Ärzt*innen: „Wir sind der Meinung, dass das obligatorisch sein sollte, wie beim Krankenhauspersonal“, so der Präsident der Patientevertriebung.

Pflegerversicherung: abwarten

Auch was den Pflegenachwuchs angeht, liegt für Pizzaferris noch vieles im Argen. „Es kann nicht genug Pflegepersonal ausgebildet werden, weil die Ausbildungseinrichtungen und das Lehrpersonal überlastet sind – die nö-

tige Infrastruktur und die Kapazitäten sind einfach nicht vorhanden.“

Medikamente für chronisch Kranke möchte die Interessenvertretung zu hundert Prozent erstattet sehen, außerdem fordert man für die Pflege naher Angehöriger eine Ausweitung des congé social. Um Rehabilitations-Maßnahmen zu beschleunigen, plädiert die Patientevertriebung dafür, dass Überweisungen ins Ausland ausgeweitet werden.

Hinsichtlich der reformierten Pflegeversicherung hält sich Pizzaferris vorerst bedeckt: „Wir waren ja gegen die Reform, doch die ist noch nicht lange genug in Kraft, wir können uns daher noch kein Urteil erlauben, ob unsere Kritik berechtigt war.“ Die Frage der überlasteten Arbeitsmediziner*innen will man den Gewerkschaften überlassen, „weil die in den Betrieben präsent sind und das besser überblicken können“.

Für René Pizzaferris gilt es nun, die Wahlen abzuwarten. „Wenn es an die Formulierung eines Regierungsprogrammes geht, werden wir wieder aktiv.“